

Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Internet: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de

Februar/März 2016

Brief zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 13. März 2016

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger,

am 13. März können Sie mit Ihrer Stimme über die Zusammensetzung des neuen Landtags von Baden-Württemberg entscheiden. Leider haben Sie mit Ihrer Stimmabgabe aber keinen unmittelbaren Einfluss darauf, welche Parteien die kommende Landesregierung bilden werden. Alle potentiellen Regierungsparteien halten sich die koalitionspolitischen Optionen offen.

Deshalb können Sie alleine mit Ihrer Stimmabgabe auch nicht entscheiden, ob sich die Bildungspolitik in unserem Bundesland in den kommenden Jahren ändern wird oder ob die fragwürdigen «Reformen» der vergangenen 5 Jahre fortgesetzt und zementiert werden.

Für alle Wähler, die eine bildungspolitische Kurskorrektur wünschen, ist diese Situation unbefriedigend. Denn alleine mit dem Wahlzettel wird sich in Baden-Württemberg in der Bildungspolitik nichts zum Besseren hin verändern lassen.

Sie können die Wochen bis zu den kommenden Wahlen aber auch nutzen, um sich mit Ihrer Meinung zur bisherigen Bildungspolitik zu Wort zu melden.

Wenn Sie eine Kurskorrektur wollen, können Sie deutlich machen, was Sie von der Partei Ihrer Wahl erwarten!

Wir erinnern daran, was die grün-rote Landesregierung und deren Mehrheit im Landtag in den vergangenen 5 Jahren bildungspolitisch angerichtet haben:

- Schon im Wahlkampf 2011, aber auch nach der Regierungsbildung haben SPD und Bündnis 90/ Die Grünen scharf gegen das differenzierte Schulsystem in Baden-Württemberg polemisiert. Völlig zu Unrecht wurden Etiketten wie «Überbleibsel des Ständestaates», «Relikt aus dem Kaiserreich» usw. benutzt. Sachlichkeit und Mäßigung in der Debatte wurden verweigert. Eltern und Schulen wurden verunsichert.
- Mit der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung im Jahr 2011 wurde das Leistungsvermögen in den Schulklassen der Realschulen und Gymnasien unterschiedlicher. Die Folge war, dass der Klassenunterricht schwieriger wurde und deutlich mehr Schüler als bislang das Klassenziel nicht erreichen konnten. Politisches Ziel dieser Entscheidung war, einen ersten Schritt zur Auflösung des differenzierten Schulsystems in Baden-Württemberg zu tun.
- Mit der Einführung der Gemeinschaftsschule im Jahr 2012 sollte das Schulsystem in Baden-Württemberg radikal umgekrempelt werden. Schüler aller Leistungsstufen sollten in einer einzigen Schule unterrichtet werden. Der Klassenunterricht mit einem Lehrer, der den Unterricht pädagogisch und didaktisch gestaltet und führt, sollte abgeschafft werden. Die Schüler sollten, vielfach auf sich alleine gestellt, vor allem «selbstgesteuert» lernen und ihre eigenen «Wirklichkeiten» konstruieren (Konstruktivismus). Der Lehrer sollte nur noch «Lernbegleiter» sein, der vor allem dafür zuständig ist, «Lernmaterial» bereitzustellen. Gemeinsames Lernen, gemeinsame Klassenziele, gemeinsame Klassenarbeiten, Noten und die Möglichkeit der Klassenwiederholung sollte es nicht mehr geben. All das sollte zu besseren Lernchancen für alle und mehr sozialer Gerechtigkeit führen. Das Experiment Gemeinschaftsschule hat jedoch keine der hochtrabenden Versprechungen erfüllt, ist dafür aber extrem kostspielig und hat viele Schüler und Eltern verzweifeln lassen.

- Dem Scheitern des ursprünglichen Plans, auch dem Namen nach aus allen Schulen Gemeinschaftsschulen zu machen, folgten 2015 die Pläne für die «Reform» der Realschulen. Aus dieser in Baden-Württemberg sehr bewährten Schulart soll eine «Gemeinschaftsschule light» werden. Mit dieser «Reform» werden die Realschulen, die sich mehrheitlich geweigert haben, Gemeinschaftsschulen zu werden, sehr geschwächt. Sie sollen keine Alternative mehr zur Gemeinschaftsschule sein.
- Die meisten Eltern in Baden-Württemberg wollen aber weder eine Gemeinschaftsschule pur noch eine Gemeinschaftsschule light. Die Folge wird sein, dass immer mehr Eltern, die ja nun die freie Wahl haben, ihre Kinder aufs Gymnasium schicken. Das aber führt dazu, dass auch die Gymnasien immer mehr Schüler mit sehr unterschiedlichem Leistungsvermögen aufnehmen müssen und auch dort die bisherige Arbeit nicht mehr vollumfänglich geleistet werden kann. So droht auch den Gymnasien des Landes, dass aus ihnen Gemeinschaftsschulen werden.
- **Dies gilt umso mehr, als alle Schulen auf die «Neue Lernkultur» verpflichtet werden sollen. Die «Neue Lernkultur» ist aber nichts anderes als die Methodik der Gemeinschaftsschulen, so wie sie oben beschrieben wurde.**
- Mit den neuen Bildungsplänen, die zu Beginn des kommenden Schuljahres 2016/2017 in Kraft treten sollen, führt die Landesregierung ihre Politik in Richtung Einheitsschule und Entbildung fort. Die neu eingeführten drei Niveaustufen orientieren sich in allen Schularten an dem, was für die Gemeinschaftsschulen vorgesehen ist. Hinzu kommen ein Messbarkeitswahn und eine Radikalisierung der «Kompetenz»-Orientierung im Unterricht, die mit einem deutlichen Verlust an Bildung einhergehen wird. Die Forderung nach einer die ganze Persönlichkeit ins Auge fassenden und die Würde des Menschen achtenden Persönlichkeitsentwicklung und Persönlichkeitsentfaltung des Kindes wird ausgeblendet, stattdessen geht es um eine eher mechanistische, dem kybernetischen Denken entnommene «Selbstregulierungs»-Idee mit «Output-Orientierung» und um ein «teaching to the test».

Sie als Bürger des Landes haben in den kommenden Wochen die Möglichkeit, die Kandidaten aller Parteien mit diesen Ergebnissen grün-roter Bildungspolitik zu konfrontieren. Fordern Sie von den Kandidaten, dass sie hierzu Stellung nehmen! Sagen Sie den Politikern des Landes, was Sie stattdessen von unseren Schulen erwarten!

Das Rad in der Bildung muss nicht neu erfunden werden. Schulen sind der Ort, an dem Kinder und Jugendliche für ihren weiteren Bildungsweg, für den Beruf und fürs Leben in einer Demokratie lernen sollen und können. Dafür braucht es Gemeinschaftsgefühl und Gemeinsinn. Die Landesverfassung für Baden-Württemberg und das bislang gültige Schulgesetz haben die Erziehungs- und Bildungsziele für die Schulen formuliert. Sie sind auch heute noch ein guter Maßstab.

Lernen in der Schule heißt vor allem gemeinsam lernen, in Klassen mit Schülern mit einem ähnlichen Leistungsvermögen, angeleitet durch einen Lehrer, der sein Handwerk versteht und den Unterricht pädagogisch und didaktisch gestaltet und führt, der für alle seine Schüler da ist und die jungen Menschen über eine vertrauensvolle Beziehung gemeinsam an den Lerngegenstand und ans Lernen heranführt.

Gerade in Zeiten zunehmender Bindungs- und Orientierungslosigkeit braucht der junge Mensch den Ort gemeinsamen Lernens in einer Klassengemeinschaft. Er braucht die Ermutigung und Anleitung durch Pädagogen, zu denen er Vertrauen hat und die ihn dabei unterstützen, seinen Weg im Leben zu finden.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp

Der «Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg» setzt sich aus Lehrern, Eltern und anderen an Bildungsfragen interessierten Bürgern zusammen. Seit 2012 nehmen wir immer wieder zu bildungspolitischen Fragen in Baden-Württemberg Stellung. Mehr über uns erfahren Sie auf unserer Internetseite: www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de.